

Betreff: „Don't Smoke“-Volksbegehren / Durchführung einer Volksabstimmung über ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie



A-8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: [spoe.klub@stadt.graz.at](mailto:spoe.klub@stadt.graz.at)  
[www.graz.spoe.at](http://www.graz.spoe.at)  
DVR: 0828157

## **DRINGLICHER ANTRAG**

eingbracht von Herrn Gemeinderat Michael Ehmann  
an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 18. Oktober 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Exakt 881.569 Österreicherinnen und Österreicher haben das vor eineinhalb Wochen zu Ende gegangene „Don't Smoke“-Volksbegehren unterschrieben - allein 43.087 Unterschriften stammten von Grazerinnen und Grazern. Ein – und darüber sind sich bis auf wenige Ausnahmen praktisch alle einig – überwältigendes Votum für den NichtraucherInnenenschutz, ein eindrucksvolles Manifest für ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie.

Als Konsequenz daraus nichts zu tun, wäre der falsche Ansatz. Und wie FPÖ-Vizekanzler Strache darauf zu verweisen, dass ja ohnehin die Mehrheit NICHT unterschrieben hätte, ist ebenfalls, - nennen wir es vorsichtig - eine etwas krause und eigentümliche Argumentation, bei der nicht Adam Riese Pate gestanden ist, sondern HC Mini die Rechenmaschine bedient haben dürfte. Scheint doch Herr Strache zu vergessen, dass bei 6,4 Millionen Wahlberechtigten und rund 2,9 Millionen türkisblauen Stimmen bei der jüngsten Nationalratswahl seinem Rechenexempel zufolge auch diese Regierung vom Wahlvolk nicht gewollt ist und augenblicklich zu demissionieren hat.

Fast 900.000 Unterschriften sind jedenfalls eine eindrucksvolle Aufforderung an diese Bundesregierung, sich nicht weiter in Nebelschwaden zu verirren und über die grundsätzlichen Konsequenzen aus Volksbegehren zu diskutieren, sondern jetzt zu handeln, zumal es mehr als genug fachliche Expertisen über die negativen Auswirkungen von Nikotin gibt. Und eine Volksabstimmung durchzuführen heißt ja nicht von vornherein, gegen jene zu entscheiden, die dieses Volksbegehren nicht unterschrieben haben – das bedeutet einzig und allein, dass die mündigen ÖsterreicherInnen selbst entscheiden dürfen, ob sie weiter Aschenbecher Europas sein möchten. Und dass Volksabstimmungen, wie jetzt vereinzelt Kommentatoren weismachen wollen, demokratiefeindlich wären, ja, sich primär Diktaturen gern dieses Instruments bedienen, ist schlichtweg Unsinn: Oder will man gar ernsthaft behaupten, die Schweiz, in der Volksabstimmungen die Regel sind, wäre eine Diktatur, die Schweiz würde bar jeder Vernunft durch Manipulation, Boulevard und Massensuggestion regiert?

Um auf das Rauchverbot zurückzukommen: Offenkundig ist, dass diese Frage die Menschen un-  
gemein bewegt, dass sich laut Umfragen eine breite Mehrheit der Gefahren des Nikotins bewusst  
ist und auch in der Gastronomie selbst längst eine Mehrheit für ein Rauchverbot wäre. Offen-  
kundig ist aber auch, dass auf politischer Ebene die Situation als verfahren zu bezeichnen ist, da  
sich eine Partei partout nicht bewegen will und ihr Heil in nikotingeschwängelter Bierzeltstim-  
mung sucht. Und insofern hat Bürgermeister Nagl absolut recht, wenn er empfiehlt, in dieser  
Situation den – wie er es genannt hat – Publikumsjoker zu ziehen und eine Volksabstimmung  
durchzuführen. Im Übrigen eine Forderung, die auch von einem Großteil der Medien, von sehr  
vielen PolitikerInnen fast aller Couleurs und selbstverständlich auch von den InitiatorInnen des  
Volksbegehrens geteilt wird.

Auch wenn bis dato dieser immer lauter werdende Ruf nach einer Volksabstimmung über ein  
Rauchverbot in der Gastronomie noch verpufft – die Mauer der Ablehnung zeigt erste Risse. Um-  
so wichtiger ist es, dran zu bleiben, drauf zu bleiben, nicht locker zu lassen und weiter Zeichen zu  
setzen, indem sich Institutionen, Organisationen, Kommunen für diese Volksabstimmung aus-  
sprechen. Es ist nämlich müßig, über direkte Demokratie und BürgerInnenbeteiligung nur immer  
zu hören, direkte Demokratie muss vor allem auch gelebt werden können. Und es wird wohl  
niemand bezweifeln, dass die Österreicherinnen und Österreicher mündig genug wären, darüber  
zu entscheiden, ob in der Gastronomie ein allgemeines Rauchverbot, wie dies bereits in fast allen  
europäischen Ländern gilt, eingeführt wird oder nicht.

In diesem Sinne stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

#### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz appelliert im Petitionswege an die österreichische Bundesregie-  
rung und an den österreichischen Nationalrat, als Konsequenz auf die fast 900.000 Unterschrif-  
ten für das „Don't Smoke“-Volksbegehren zur Verbesserung des NichtraucherInnenschutzes eine  
entsprechende Volksabstimmung durchzuführen, die auf jeden Fall auch die Frage nach Einfüh-  
rung eines generellen Rauchverbots in der Gastronomie zu beinhalten hat.